

Notizen aus dem Hauptpersonalrat

30.07.2019

Kein Selbstzweck

Es ist wieder Sommer. Und wieder sehr warm in der Stadt. Und in den Dienstgebäuden steigen die Temperaturen. Und steigen.

Wir haben als HPR mehrfach darauf hingewiesen: bei 35° C ist Schluss!

Tätig werden muss der Arbeitgeber ab 26° C Raumtemperatur, ab 35° C dürfen die Räume nicht mehr als Arbeitsräume genutzt werden, da ist der Arbeitsschutz vor.

Und nun? Sonnenschutz muss her, Außenjalousien sind eine wirksame Maßnahme gegen Hitze im Gebäude, weil sie dafür sorgen, dass die Hitze gleich draußen vor den Fenstern bleibt. Das kostet natürlich, aber angesichts der als sicher geltenden Annahme, dass wir in Zukunft vermehrt mit heißen Sommern von Mai bis September rechnen dürfen, wird sich diese Investition über die Zeit rentieren.

Eine große Anzahl der für Berlin genutzten Dienstgebäude steht allerdings unter Denkmalschutz, manchmal zum Erstaunen der in Sachen Denkmalschutz unkundigen Beschäftigten. Und nach dem Berliner Denkmalschutzgesetz von 1995 (!) gilt es, diese Denkmäler möglichst unverändert zu erhalten. Also wird es nix mit den Außenjalousien, oder wenn, dann nach jahrelangem Streit und mit etlichen Einschränkungen und Auflagen, wie gerade vom Finanzsenator exemplarisch für sein eigenes Dienstgebäude vorgetragen (Gleiches gilt übrigens, wenn denkmalgeschützte Gebäude dem Gedanken der Inklusion folgend barrierefrei umgebaut werden sollen).

Und so sticht bisher regelmäßig der Denkmalschutz andere Gesetze wie den Arbeitsschutz aus, weil ihm so starke Sanktionsrechte bei Verstößen eingeräumt werden. Das führt dazu, dass den Beschäftigten in den Gebäuden krankmachende Temperaturen zugemutet werden, ja selbst die nicht mehr gegebene Nutzungsmöglichkeit in Kauf genommen wird. Und dies angesichts der Raumsituation im öffentlichen Dienst, wo in den Gebäuden extreme Raumknappheit vorherrscht und wir alle wissen, dass moderne Dienstgebäude weder am Markt zu finden, noch kurzfristig zu bauen sind.

Nicht falsch verstehen: dass Gebäude - auch „hässliche“ - unter Denkmalschutz gestellt werden, weil es gilt, Baukultur zu bewahren, ist nicht verkehrt. Aber der Denkmalschutz ist kein Selbstzweck und muss! seine Grenze finden, wo Bestimmungen anderer Gesetze greifen, die ja ebenfalls aus gutem Grund

erlassen wurden. Für mich als Vorsitzende des Hauptpersonalrats heißt das, bei Außenjalousien kann die Frage des „Ob“ vom Denkmalschutz nicht gestellt werden, bei der Frage des „Wie“ ist er zu hören. Es kann aus meiner Sicht nicht angehen, dass angesichts von Klimawandel und sogenannten Omega-Wetterlagen und einer sich im Sommer immer weiter aufheizenden Stadt eine moderate Weiterentwicklung von Gebäuden wegen grundsätzlicher Denkmalschutzfragen nicht möglich ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen des Denkmalschutzes: hier erweist ihr eurem Anliegen einen Bärendienst. Entscheidungen des Denkmalschutzes sind sehr häufig für Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar - wer hätte nicht aus dem Stand mehrere Geschichten zu erzählen, in denen der Denkmalschutz eine merkwürdige Rolle gespielt hätte?

Was also tun?

Als Vorsitzende der obersten Beschäftigtenvertretung erwarte ich stellvertretend für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins, dass sich der oberste Denkmalschützer im Senat, Herr Dr. Lederer, die oberste Klimaschützerin des Senats, Frau Günther und der Liegenschafts- und Finanzsenator, Herr Dr. Kollatz zusammensetzen und schnellstmöglich für einen Ausgleich der Interessen und pragmatisches Vorgehen sorgen. Sollte die bestehende Gesetzeslage keine Änderung beim Denkmalschutz zulassen, ist sie so an die Gegebenheiten im Jahr 2019ff. anzupassen, dass Gebäudeschutz nicht länger vor Menschenschutz geht.

Zwei inhaltliche Anmerkungen von mir noch dazu:

Die Aufstellung von Wasserspendern in allen Dienstgebäuden sollte als kurzfristige Maßnahme schnell vorangetrieben werden. Dort, wo sie vorhanden sind, werden sie von den Beschäftigten intensiv genutzt und helfen ganz nebenbei bei der Vermeidung von Plastikmüll. Die Kolleginnen und Kollegen im Außendienst sollten Zugang zu Dienstgebäuden und Wasserspendern erhalten.

Der flächendeckende Einbau von Klimaanlage stellt keine Alternative dar. Neben den Kosten und der schlechten Energiebilanz, entsteht ja Kälte nur bei gleichzeitiger Ableitung von Wärme aus dem Gebäude. Neben den auch hier dann auftretenden Fragen des Denkmalschutzes kann ja wohl niemand für eine weitere Aufheizung der Stadt plädieren.

Für die Beschäftigten der Stadt

Daniela Ortmann
Vorsitzende des Hauptpersonalrats
daniela.ortmann@hpr.berlin.de